

EUROPA

**Unsere Zukunft, eine andere
haben wir nicht**





Thomas Jobelius

Liebe JuLis!

Dieses Jahr steht viel auf dem Spiel. Es geht um nicht weniger als die Zukunft Europas und ob wir in Zukunft in Freiheit und Wohlstand leben können. Am 9. Juni steht die Wahl zum Europäischen Parlament an. In diesem Magazin widmen wir uns deshalb ausschließlich europapolitischen Fragestellungen. Von Mental Health über Geldpolitik bis hin zu europäischen Nuklearwaffen ist alles dabei.

Vielleicht hat es der ein oder andere schon gemerkt: Ab sofort seht ihr nur noch mein Gesicht im Editorial. Sina hat sich nach mehreren Jahren dazu entschieden, ihren Job als Co-Chefredakteurin niederzulegen. Ich möchte mich bei Dir für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im letzten Jahr bedanken und wünsche Dir alles Gute.

Jetzt bleibt mir nur noch, euch viel Spaß bei der Lektüre zu wünschen. Auch in diesem Jahr gilt: Ihr habt Ideen und Anregungen, um das JULIMAGAZIN noch besser zu machen, oder möchtet selbst mal einen Artikel schreiben? Meldet euch jederzeit bei mir.

Viele Grüße

Thomas



Seite 2 Editorial der Chefredaktion	 Finger weg von nationaler Strafgesetzgebung Anna Neumann	 Mehr Weimar wagen Leonard Kern-Wagner
	Seite 4	Seite 6
 Die EU steht und fällt mit dem EZB -leider Torben Hundsdörfer Seite 8	 Endlich mal den Kopf freibekommen Vivian Platz Seite 10	 10 Thesen der JuLis NRW für Europa Seite 11 
 Frieden schaffen mit nuklearen Waffen - Europa braucht die Bombe Stefan Ermert Seite 12	 Etappensieg gegen die Chatkontrolle Anzeige Moritz Körner Seite 14	101 LANDES- KONGRESS DER JULIS NRW Seite 15
 Wirtschaftliche Transformation in Osteuropa Norbert Seidowski Seite 16	 AUS DEM LaVo Alondra von Groddeck, Tim Schütz & Philip Cierniak Seite 18	 Special Kongress Bingo! Seite 20

FINGER WEG VON NATIONALER STRAFGESETZGEBUNG



„Der deutsche Justizminister blockiert eine Richtlinie zur Bekämpfung männlicher Gewalt auf EU-Ebene.“ „Dieses unglaubliche Machtgefälle, dem Frauen in unserer Gesellschaft ausgesetzt sind, wird gerade durch Justizminister Buschmann auf die absolute Spitze getrieben.“ „Was hat Buschmann gegen Frauen?“

So oder so ähnlich wurde Ende Januar das Nein des Bundesjustizministeriums zur EU-Richtlinie zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt von einigen Interessensvertreterinnen eingeordnet. Durch die häufig emotional überhöhte, auf eine einzelne Person zugeschnittene und wenig sachliche Kommentierung wird der Eindruck erweckt, das deutsche Bundesjustizministerium würde Frauenrechte in Deutschland und der Europäischen Union zurückdrehen. Dabei plädiert der deutsche Justizminis-

ter – wie die gesamte Bundesregierung – aus guten Gründen dafür, nationale Strafgesetzgebung nicht auf die europäische Ebene zu verlagern. Die angestrebte Richtlinie ist vielmehr ein weiteres Beispiel dafür, wie die EU wieder einmal ihre Kompetenzen überschreitet, statt sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren.

Die Europäische Union und ihre Kompetenzen

Im März 2022 stellte die Europäische Kommission die Richtlinie zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt der Öffentlichkeit vor. Aber was hat es damit auf sich? Kurz gesagt: Die Richtlinie will verbindliche Standards für den Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt für alle 27 Mitgliedsstaaten einführen. Der Gesetzentwurf sieht dabei unter anderem einen geregelten Umgang von unterschied-

lichen Formen digitaler Gewalt, wie bspw. Cyber-Stalking, oder physischen Formen von Gewalt, wie bspw. einer Vergewaltigung, vor. Sounds good! Oder vielleicht doch nicht? Ganz so einfach ist es nämlich nicht. Was sich im ersten Moment gut anhören mag, ist nach längerem Nachdenken vielleicht doch nicht die Lösung aller Probleme.

Die EU kann und darf nicht alles

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten haben sich in grundlegenden Verträgen – beschlossen durch demokratische Abstimmungsverfahren – auf ihre Arbeitsweise geeinigt. Der Vertrag über die Arbeitsweise der EU (AEUV) gibt dabei vor, welche Kompetenzen die EU haben soll – und welche eben auch nicht. Genauso wie das Grundgesetz die Zuständigkeiten von Bund und Ländern aufteilt. Dabei sieht der Vertrag vor, dass die EU nur in sehr begrenzten Ausnahmefällen die nationale Strafgesetzgebung vereinheitlichen darf. Diese Ausnahmefälle beziehen sich auf die sogenannten „Euro-Crimes“. Damit sind Straftaten gemeint, die einen grenzüberschreitenden Charakter haben, wie bspw. Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung und Terrorismus. In häufig mafiaähnlichen Strukturen begehen Täter hier über nationalstaatliche Grenzen hinweg Straftaten, indem sie unter

anderem Waffen schmuggeln oder Menschen entführen.

Im Fall der Vergewaltigung ist deswegen die Frage, inwiefern diese unter „sexuelle Ausbeutung“ als grenzüberschreitende Straftat fällt; nur in einem solchen Fall dürfte die EU über eine Regulierung nachdenken. Bei einer Vergewaltigung ist jedoch nicht das ausbeuterische Interesse, wie es bspw. finanzielle Belange sind, primär. Das Unrecht einer Vergewaltigung liegt in der krassen Missachtung der sexuellen Selbstbestimmung und damit des Willens einer Person. Daraus abgeleitet ergibt sich, dass die Europäische Kommission bei der vorgeschlagenen Richtlinie schlicht und ergreifend ihre Kompetenzen überschreitet und sogar den inhärenten Charakter einer Vergewaltigung verkennt.

Zentralisierung: Vorsicht an der Bahnsteigkante!

Einige mögen jetzt sagen: „Ich verstehe die juristische Argumentation. Aber dann sollten wir die Gesetze einfach so anpassen, dass es eben möglich wird.“ Fernab davon, dass man die Europäischen Verträge nicht einfach „mal eben so“ anpasst, gibt es auch noch ein weiteres, politisches Argument gegen die Vereinheitlichung nationaler Strafgesetzgebung im großen Stil. Die durch die Richtlinie angestrebte Aufweichung der Kompetenzverteilung würde dazu führen, dass man zukünftig die weitere Vereinheitlichung schwerer Straftatdelikte, wie bspw. Tötungs- und Körperverletzungsdelikte, diskutieren muss. Denn: Wer A sagt, muss auch B sagen. Hieraus ergibt sich eine komplette Aushöhlung unseres gelebten Subsidiaritätsprinzips

– mit all seinen negativen Folgen. Gibt es zukünftig auf europäischer Ebene eine Mehrheit von Rechtspopulisten, würden so die Rechte von Frauen auf einen Schlag in allen 27 Mitgliedsstaaten schneller aufgeweicht werden können.

Ein aktuelles Beispiel untermauert die folgeschweren Auswirkungen bei einer Aushöhlung des Subsidiaritätsprinzips: Mitte 2022 hat der US-amerikanische Supreme Court das Urteil zum US-Abtreibungsrecht (auch bekannt unter Roe vs. Wade) gekippt. Würde die Gesetzgebungskompetenz für Abtreibung einzig und allein auf nationaler Ebene ruhen, wie in oben genannter EU-Richtlinie angestrebt, könnte ein legaler Schwangerschaftsabbruch auf einen Schlag in sämtlichen US-Bundesstaaten unmöglich werden. Gerade aber durch das Subsidiaritätsprinzip ist hier weiter eine bundesstaatliche Regelung möglich und damit verbunden die Stärkung von Frauenrechten. Wer das Subsidiaritätsprinzip aushöhlen will, erweist Frauenrechten einen Bärendienst.

Und jetzt?

Die Diskussion um die EU-Richtlinie zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt ist ein Paradebeispiel für unsere mittlerweile hochpolarisierte Diskussionskultur. Es ist vollkommen verständlich, dass Fragen zu abscheulichen Straftaten wie einer Vergewaltigung Emotionen in uns auslösen. Jede und jeder von uns will die sexuelle Selbstbestimmung von so vielen Frauen wie möglich schützen. Die Emotion entbindet aber nicht von einer sachlichen Einordnung einer Frage. Die Täter

verwehrter Frauenrechte sind Ministerpräsidenten wie Victor Orban in Ungarn. Unsere ganze Kraft und Anstrengung für den Einsatz von Frauenrechten sollte dementsprechend den in diesen Ländern agierenden liberalen Kräften gelten.



Anna Neumann (29) ist ehemalige Landesprogrammatikerin der JuLis NRW und Mitglied im Landesvorstand der FDP.



Bildnachweis: stock.adobe.com/tiero

Mehr Weimar wagen



Bildnachweis: stock.adobe.com/KLoma
Durch die Abwahl der PiS-Partei reicht Polen Europa die Hand. Es wird Zeit, sie zu ergreifen und das Weimarer Dreieck systematisch zu vertiefen. Denn ohne Polen hat das europäische Projekt keine Zukunft.

Stellen wir uns einen jungen Franzosen vor, Jean, der im Herbst/Winter des Jahres 1945 zur Welt kommt. Jeder seiner lebenden Vorfahren hat mindestens einen, die meisten zwei und manche drei deutsch-französische Kriege bewusst miterlebt. Doch noch bevor Jean sechs Jahre alt werden kann, unterstellen unter anderem Deutschland und Frankreich in der Montanunion ihre kriegswichtigen Kohle- und Stahlindustrien einer gemeinsamen Regulierung. Noch vor seinem zehnten Geburtstag werden Deutschland und Frankreich durch den deutschen NATO-Beitritt Alliierte und bevor Jean seinen 18. Geburtstag feiern kann, unterzeichnen beide Länder den Elysée-Vertrag, der ausweislich seiner gemeinsamen Erklärung das „Verhältnis der beiden Völker zueinander von Grund auf neu gestaltet“. Über nahezu den Rest seines bis heute andauernden Lebens wird die amitié franco-allemande die treibende Kraft hinter dem europäischen Einigungsprozess und wichtigen Grundsatzentscheidungen in Europa sein.

Das Leben von Jean und Millionen anderer Deutscher und Franzosen der Nachkriegsjahre zeigt deutlich: Die deutsch-französische Freundschaft ist ein unwahrscheinlicher

Glücksfall der Geschichte und hat ihrerseits Geschichte verändert. Doch nicht alles, was historisch zusammenwuchs, ist allein deswegen auch den Herausforderungen der Zukunft gewachsen. In den ersten Jahren der neuen Europäischen Gemeinschaft (ab 1967) machten Deutschland und Frankreich gemeinsam knapp zwei Drittel der Wirtschaftskraft der Gründungsmitglieder aus und 70 % der EG-Einwohner waren Deutsche oder Franzosen. Heute liegt ihr gemeinsamer Anteil am BIP der EU bei nur noch knapp 41 %, und nur noch 34 % der EU-Bürger sind Deutsche oder Franzosen. In den zwischenzeitlich hinzugekommenen und insbesondere osteuropäischen Staaten wächst die Wirtschaft zudem bedeutend schneller. Im größtenteils wachstumsstarken Jahrzehnt zwischen 2012 und 2022 wuchsen unter den EU-Staaten nur die Steuerparadiese Irland und Malta im Jahresdurchschnitt schneller als Polen, das jährlich beachtliche 3,56 % zulegte. Dahinter folgen Litauen, Rumänien, Ungarn, Estland und Lettland mit durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten von 2,88–3,37 %. Deutschland und Frankreich lagen mit 1,15 bzw. 1,05 % pro Jahr auf einigen der letzten Plätze.



Das europäische Projekt ist über die Jahre größer, vielfältiger und dank der Erweiterung um die jungen postsowjetischen Demokratien auch osteuropäischer gewor-

den. Diese Osterweiterung der EU (und im Übrigen auch der NATO) ist ein weiterer unwahrscheinlicher Glücksfall der Geschichte. Profitiert haben natürlich die neuen Mitglieder, aber eben auch die westeuropäischen Staaten wie Deutschland und Frankreich. Zum einen, weil sich durch die neuen Länder neue Absatzmärkte und kostengünstige Arbeitskräfte erschlossen haben. Zum anderen, weil (im Gegensatz zum Kalten Krieg) nun neun größtenteils liberal-demokratisch gesinnte Staaten zwischen Deutschland und dem Aggressor Russland stehen. Zusammengenommen verfügen diese neun osteuropäischen Demokratien über knapp 450.000 aktive Soldaten. Das ist rund die 2,5-fache Personalstärke der Bundeswehr und immer noch knapp 80.000 Soldaten zahlreicher als die Streitkräfte Deutschlands und Frankreichs zusammen. Gleichzeitig weist dieser Vergleich auf ein fundamentales Zerwürfnis zwischen Ost- und Westeuropa in den Jahren bis 2022 hin. Während die russischen Ambitionen auf aggressive Expansion in den meisten Hauptstädten der jungen EU-Mitglieder (spätestens ab der Krim-Annexion 2014) realistisch gesehen und militärpolitische Vorbereitungen getroffen wurden, strebte das deutsch-französische Tandem weiterhin nach Appeasement und wirtschaftlicher Verflechtung mit Russland. Das Ergebnis war eine EU, die 2022 insgesamt größtenteils unvorbereitet von der russischen Invasion der Ukraine ge-

troffen wurde; ökonomisch und militärisch.



Ökonomie und Militär sind unterdessen die beiden zentralen Tätigkeitsfelder, denen sich die EU in absehbarer Zeit widmen sollte. Das Leitbild ist eine wachstumsstarke Wirtschaft, die international wettbewerbsfähig und verflochten ist, sowie eine europäische Verteidigungsfähigkeit insbesondere gegenüber dem unmittelbar benachbarten Aggressor Russland. Die Frage, die sich damit aufdrängt, lautet doch: Ist die deutsch-französische Partnerschaft, die anders als vor 50 Jahren nur noch eine Minderheit der Bevölkerung, der Wirtschaftskraft, des relativen Wachstums und der militärischen Verantwortung vereint, in der Lage, die EU in diese Richtung zu führen? Die Antwort lautet: Nein. Zumindest nicht allein.



Was es jetzt braucht, ist eine Erweiterung des Antriebs der Europäischen Union. Es braucht eine echte deutsch-französisch-polnische Partnerschaft. Auch diese Partnerschaft sollte nicht als politische Dominanz weniger Mitgliedsstaaten über alle anderen missverstanden werden. Vielmehr zeigt die Geschichte des europäischen Projekts, dass es große Mitglieder braucht, die systematisch gemeinsame Entscheidungen vorbereiten. Fehlt dieses Element, verliert die Union ihre Reformfähigkeit. Die aus dem Elysée-Vertrag folgenden regelmäßigen Konsultationen zwischen Deutschland und Frankreich und zumindest der Versuch, in allen wesentlichen Fragen gemeinsame Positionen zu entwickeln, schaffen Vertrauen im Inneren. Damit auch das äußere Vertrauen in diese Positionen bestehen

kann, braucht es 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs auch einen osteuropäischen Staat in dieser Partnerschaft. Polen ist als demografisch, wirtschaftlich und militärisch größtes EU-Mitglied des Ostens der ideale Kandidat. Mit dem losen Gesprächsformat des „Weimarer Dreiecks“ besteht ein erstes Forum der drei Länder, auf das man aufbauen kann, und der Regierungswechsel zur Tusk-Regierung im letzten Jahr drängt sich als Anlass geradezu auf. Polen hat Deutschland und Frankreich mit der Abwahl der PiS die Hand gereicht und es wird Zeit, sie zu ergreifen. Ein erster Schritt sind regelmäßige trilaterale Regierungskonsultationen und eine Vertiefung der parlamentarischen Kooperationen. Aus gegebenem Anlass erscheint auch die vertiefte militärische Zusammenarbeit als ein sinnvolles Feld der Annäherung. Verschweigen darf man nicht, dass diese Annäherung und die notwendigen gemeinsamen Entscheidungsprozesse nicht einfach sein werden. 35 % der polnischen Wähler haben mit der PiS im letzten Oktober einer Partei die Stimme gegeben, die antideutsche Ressentiments und Verschwörungstheorien zu einem wesentlichen Teil ihres Wahlkampfes gemacht hat. Auf der anderen Seite erfolgte die Versöhnung über die deutschen Verbrechen am polnischen Volk während der Besatzung im Zweiten Weltkrieg nach 1945 nicht so unmittelbar und tiefgreifend wie mit dem westeuropäischen Frankreich. Auch gibt es ungeklärte Konflikte in aktuellen Fragen der Gesundheits- und Umweltpolitik oder der Sexualmoral. Nicht in jeder dieser Fragen wird man unmittelbar eine Lösung finden, manches wird sich über die Zeit

gewiss auch von selbst verändern. Was selbstverständlich sein muss, ist die Garantie demokratischer Prozesse, einer freien Berichterstattung und einer unabhängigen Justiz.



Was Hoffnung gibt, sind die engen Verflechtungen der Bevölkerungen. Über zwei Millionen Deutsche und eine Million Franzosen haben einen polnischen Hintergrund und in Polen sind die knapp 350.000 Deutschen als nationale Minderheit offiziell anerkannt. Auf diese persönlichen Kontakte sollte man setzen, das Deutsch-Polnische Jugendwerk stärken und gemeinsam mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk trinationale Projekte umsetzen. Es geht um Schüleraustausche, Sprachbildung und Studienreisen. Insgesamt sollte Deutschland nicht nur als geografisches Scharnier zwischen den beiden anderen Spitzen des Weimarer Dreiecks fungieren. Das Ziel dieses Prozesses der politischen und gesellschaftlichen Annäherung sollte der Abschluss eines trilateralen Vertrags zwischen Deutschland, Frankreich und Polen nach dem Vorbild des Elysée-Vertrags sein. Diese grenzüberschreitende Freundschaft ist ohne Zweifel ein großes Ziel und der Weg dorthin voller Hindernisse. Unser mittlerweile 78-jähriger Jean würde vermutlich dennoch augenzwinkernd bemerken: „Ce ne serait pas la première fois.“



Leonard Kern-Wagner (23) ist Vorsitzender der JuLis im Bezirksverband Düsseldorf und ehemaliger Chefredakteur der jung+liberal. Ihr erreicht ihn unter kern-wagner@julis.de

DIE EU STEHT UND FÄLLT

Wieso die EZB eine der wesentlichen Freiheitsfragen der Europäischen Union ist und was es braucht, sie fit zu machen.

In der EZB-Zentrale in Frankfurt laufen die Uhren langsamer als im Rest der Welt. Viel zu spät hatte Christine Lagarde die europäische Zinswende eingeleitet, nachdem sie die katastrophale Null- und Negativzinspolitik ihres „What ever it takes“-Vorgängers Mario Draghi geerbt hatte. Das eine davon hat sie zu verantworten, das andere hätte sie wohl genauso gemacht. Dennoch hat eine knappe Mehrheit der Unionsbürger immer noch ein positives Vertrauen in die Europäische Zentralbank – das sind je nach Umfragen mehrere Vielfache des Vertrauens in die Ampel-Regierung, was von der Performance die eigentliche Messlatte der EZB sein dürfte.



Aber zum Schlechttreden der europäischen Zinspolitik braucht es Liberale nicht, sondern wir müssen erkennen, was falsch läuft, und endlich zurück zu einer stabilen und vielleicht sogar freiheitlicheren Politik der Zentralbank in Europa.

Institutionelle Reformen

Konsequent vernachlässigt die EZB ihr Hauptziel der Einhaltung der Preisniveaustabilität mit einer Teuerungsrate von stetig unter 2%. Immer wieder rechtfertigt die EZB nicht nur die illegale Finanzierung nationaler Volkswirtschaften durch den übermäßigen Ankauf von Staatsanleihen mit ihrem Sekun-

därziel der Gewährleistung von Wirtschaftswachstum. Sondern vielmehr ist jedes Sekundärziel besonders missbrauchsanfällig. Für nachhaltiges Wirtschaftswachstum sei schließlich auch die Förderung ökologischer Ziele notwendig, womit die EZB sich immer mehr vom eigentlichen Ziel und der wesentlichen Aufgabe verabschiedet: den Bürgern stabiles Geld anbieten – schließlich haben sie keine Wahl, dieses zu benutzen.

Viel lieber gibt die Europäische Zentralbank Ressourcen dafür aus, den digitalen Euro zu entwerfen – der Vorteil einer staatlichen digitalen Währung ist dabei bis heute unklar. Vielmehr gehen erhebliche Gefahren mit seiner Einführung einher: Die Aushöhlung von Bürgerrechten im privaten Zahlungsverkehr, die schrittweise Abschaffung des Bargelds und immer mehr zentralisierte Macht in den Händen der Notenbanken – all das muss nicht eintreten, aber Liberale sollten vor diesen Gefahren warnen, damit sie nicht eintreten. Insgesamt dürfte die Welt jedoch auch nicht untergehen, wenn der digitale Euro in den Frankfurter Büros stecken bleibt. Vielleicht wäre es dann sogar eine ein wenig bessere...

Geldpolitik als Freiheitsfrage verstehen

Auch wenn Geldpolitik technisch und auf den ersten Blick fade und festgefahren wirkt, entscheiden sich hier wesentliche Freiheitsfragen für die normalen Bürger. Gera-

de Deutschland als Land der Sparer und Bargeldliebhaber ist auf stabiles Geld der Zentralbanken angewiesen. Eine hohe Inflation ist nichts anderes als Enteignung für den normalen Bürger der Mittelschicht und eine gigantische Umverteilung von unten nach oben – hin zu den Leuten, die Realwerte halten und es sich leisten können, Schulden zu machen – weg von den Leuten, die etwas sparen und aufbauen wollen. Geldpolitik ist auch eine Aufstiegsfrage. Und vor allem etwas, das die Leute wirklich bewegt, weil es unmittelbar um ihr Eigentum geht.

Mut zu großen Fragen



Im Sinne der Sparer und Kleinanleger sollten wir auch immer wieder den Mut haben, große Fragen zu diskutieren. Und das hat nichts mit übertheoretischen Ideologiefragen zu tun, sondern schlicht damit, wie wir die besten Lösungen für die Menschen finden. Und ein Beitrag dazu kann sein, dass wir zulassen, dass die Notenbanken nicht konkurrenzlos Geld emittieren können, sondern beispielsweise auch private (oder nationalstaatliche) Banken eigene Lösungen auf dem Markt anbieten. Davon würde die EZB nicht profitieren, denn Wettbewerb ist nie gut für bestehende Kräfte, aber sicherlich der Euro an sich, der im Wesentlichen wieder eines sein müsste: stabil.

„Es ist eine Hauptaufgabe des Wettbewerbs zu zeigen, welche Pläne falsch sind“, stellt Friedrich August Hayek fest. Zwingend soll-

MIT DER EZB-LEIDER



Bildnachweis: stock.adobe.com/Peter Stein



ten wir dem Wettbewerb auch vertrauen, die beste Währung hervorzubringen. Zumindest, um die staatlichen Notenbanken zu disziplinieren, stabiles Geld zu emittieren. Die Auswirkungen schlechter Währungspolitik sind viel zu weitreichend, als dass wir die Währungspolitik ausschließlich staatlichen Notenbanken anvertrauen könnten. Oder um dann eben zu merken, dass die EZB eben doch das beste Geld schafft.

Egal, was Liberale als ihre Lösung für die EZB und die Geldpolitik in Europa präsentieren: Wir müssen zurück zu stabilem Geld, auf das die Bürger sich verlassen können. Es darf nicht wieder passieren, dass die EZB unter Warnungen aller Ökonomen mit Anlauf in eine (mitverschuldete) Inflationskrise läuft. Und wir müssen begreifen, dass die EZB eine viel zu wichtige und machtvolle Institution ist, als dass wir die Debatten darüber linken Umverteilern und Brüsseler Bürokraten überlassen sollten.



Torben Hundsdörfer (20) ist Bezirksvorsitzender der Jungen Liberalen Ostwestfalen-Lippe und studiert Jura in Bielefeld. Er liebt Bücher, Kaffee, liberale Philosophen, Taylor Swift und Bob Dylan. Ihr erreicht ihn unter torbenhundsdoerfer@julis.de.

Endlich mal den Kopf freibekommen...

Bildnachweis: stock.adobe.com/fraudiana

Aktuellen Schätzungen zufolge leidet jeder dritte Erwachsene in Deutschland im Laufe seines Lebens unter einer psychischen Erkrankung. Burn-out und Depressionen gelten mittlerweile als Volkskrankheiten.

Aber wenn bekannt ist, dass psychische Krankheiten so weit verbreitet sind, dann haben wir mit Sicherheit schon ein funktionierendes System zur Bekämpfung dieser Krankheiten erschaffen, richtig?

Natürlich nicht. Die Suche nach einem Therapieplatz verlangt den Betroffenen viel ab, es müssen infrage kommende Therapeuten herausgesucht und dann kontaktiert werden. Welche Art von Therapeuten für welche Erkrankung sinnvoll sind und welche Therapieform von der eigenen Krankenkasse übernommen wird, ist für Laien nicht immer direkt ersichtlich. Einen festen Therapieplatz zu finden erinnert eher an ein Glücksspiel. Das Problem liegt auf der Hand: Psychische Krankheiten warten nicht auf einen Therapieplatz. Sie entwickeln sich Tag für Tag weiter, verfestigen sich und verwuchern den Weg zurück zur Gesundheit. Gerade in den Anfangsstadien einiger psychischer Erkrankungen könnten Betroffene, idealerweise mit entsprechender Unterstützung, noch aktiv gegen diese ankämpfen und ihre eigene Situation verbessern.

Hierdurch könnte nicht nur den Betroffenen selbst geholfen, sondern auch das Gesundheitssystem entlastet werden. Damit mehr Menschen die frühen Anzeichen eines Burn-outs oder einer Depression jedoch erkennen können, ist es wichtig, das Thema Mental Health gesamtgesellschaftlich mehr in den Fokus zu rücken und aktive Aufklärung zu betreiben.

Eine starke Botschaft in diese Richtung sendeten die Videos des Bundesverbandes der JuLis im letzten Jahr aus, in denen die Geschichten von anonymen Betroffenen geteilt wurden.

Die EU-Kommission möchte nun Abhilfe schaffen und veröffentlichte im Juli 2023 einen Bericht über eine „gesamtheitliche Herangehensweise an Mentale Gesundheit“. Inhalt sind vor allem Projekte, die mit EU-Geldern unterstützt werden sollen. Mit ungefähr 1,23 Milliarden Euro soll auf „direktem oder indirektem Wege“ die mentale Gesundheit in Europa gefördert werden. Doch der Bericht weist auch Lücken auf.

Die geförderten Projekte beziehen sich häufig auf Gruppen der Gesellschaft, welche laut der Kommission aufgrund ihrer Lebensumstände besonders anfällig für psychische Erkrankungen sind, wie beispielsweise alleinerziehende Mütter oder Migranten. Das ist

allerdings zu kleinteilig gedacht. Denn mentale Probleme können zwar durch die eigenen Lebensumstände verschlimmert werden, tauchen aber bei Menschen mit sehr unterschiedlichen Lebensgeschichten auf. Es wäre daher sinnvoller, sich auf allgemeinere Ansätze zu fokussieren, anstatt die Projekte nur bestimmten Gruppen vorzubehalten.

So könnte man auch Abwägungen, welche Projekte unterstützenswert sind und welche nicht, umgehen. Unter den Projekten befindet sich zum Beispiel kein einziges, welches sich auf die Situation junger Männer fokussiert, einer Gruppe, die derzeit immer einsamer wird und aus der die meisten Suizid-toten kommen.

„Es bringt nichts, Menschen in Watte packen zu wollen.“

Mit den „indirekten“ Maßnahmen zur Verbesserung der mentalen Gesundheit meint die Kommission vor allem Projekte gegen Armut, Gewalt und Ähnliches. Die Welt stetig zu verbessern ist zwar ein ehrenwerter Anspruch, aber dies als Allheilmittel gegen jegliche psychischen Probleme einsetzen zu wollen erscheint weniger sinnvoll. Es bringt nichts, Menschen in Watte zu packen und vor der gesamten Welt schützen zu wollen. Sie sollten stattdessen Bewältigungsstrategien kennenlernen, die

ihnen einen individuellen, geeigneten Umgang mit den Herausforderungen ihres Lebens ermöglichen und sie somit wehrhafter gegen psychische Probleme machen.

Positiv hervorzuheben ist, dass die Kommission die Forschung und vor allem den grenzüberschreitenden Austausch über die Stärkung der mentalen Gesundheit in der Bevölkerung fördern möchte. Sie

setzt hier auf genau das, was die EU so wertvoll macht: die Möglichkeit, voneinander zu lernen und mit vereinten Kräften an einem Strang zu ziehen.

Der Bericht ist gut gemeint und ist zunächst einmal ein Schritt in die richtige Richtung bei einem Thema, das viel mehr Aufmerksamkeit benötigt. Ob die Umsetzung gelingt oder ob es sich wieder um

eine Geldversenkungsmaßnahme ohne Wirkung handelt, wird sich erst mit der Zeit zeigen.



Vivian Platz (25) studiert Betriebswirtschaftslehre in Köln. Ihr ist es wichtig, dass sich die Situation für psychisch Kranke in Deutschland verbessert. Ihr erreicht sie unter vivian.platz@julis.de



N
R
W

F
Ü
R

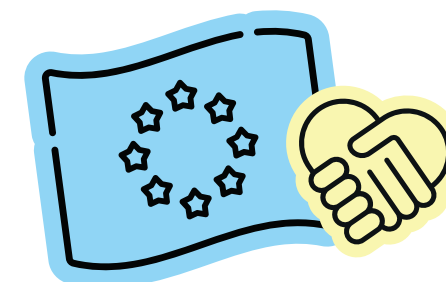
E
U
R
O
P
A

10 THESEN DER JULIS

Europa ist unsere Zukunft – gestalten wir es deswegen heute!

1. Mehr Demokratie wagen!
2. Auf eine sichere Zukunft – für ein Europa, das sich selbst verteidigen kann
3. Sanktionen effektiv einsetzen
4. Den Euro endlich auf ein solides Fundament stellen
5. Schneller, sicherer, technologieoffener – unsere Vision eines digitalen Euros
6. Let it flow – europäische Freizügigkeit 2.0
7. Den europäischen Bürokratie Dschungel lichten
8. Mit Hochgeschwindigkeit durch Europa – und darüber hinaus
9. Europa als Innovator – für mehr Unabhängigkeit durch „Future Made in Europe“
10. Den europäischen Bürokratie-Dschungel lichten

Mehr erfahren?



Frieden schaffen mit nuklearen Waffen

Europa braucht die Bombe

Der russische Überfall auf die Ukraine hat uns deutlich gemacht, dass die Zeiten der Friedensdividende und das Verlassen auf andere für unsere Sicherheit vorbei sind. Gleichzeitig droht Trump damit, die NATO-Staaten nicht mehr zu verteidigen, wenn diese nicht ihren Beitrag leisten. Die Sicherheitsarchitektur der letzten Jahrzehnte bröckelt. Die EU muss sich selbst behaupten und aufhören, der Sicherheitsschmarotzer der USA zu sein. Dazu gehört auch eine eigene nukleare Abschreckungsstrategie.

Atomwaffen sind politische Waffen

Staaten besitzen Atomwaffen, um sie nicht einzusetzen, denn Atomwaffen sind keine militärischen, sondern politische Waffen. Ihr größter Effekt ist nicht die gewaltige Zerstörung, die sie bei einem Abwurf entfesseln können, sondern ihr Abschreckungseffekt auf andere Staaten. So haben diese Waffen über den gesamten Kalten Krieg hinweg eine Eskalation zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt verhindert. Beide Seiten konnten glaubhaft vermitteln, dass sie im Falle eines Angriffs die Gegenseite mit ihren Atomwaffen vollständig vernichten könnten. Diese „Mutual Assured Destruction“ ist das Rückgrat der nuklearen Abschreckung.

Das Glaubwürdigkeitsproblem

Diese Strategie kommt jedoch ins Wanken, wenn die eigene Bereitschaft zum Einsatz von Nuklearwaffen nicht glaubhaft vermittelt werden kann. Es ist beispielsweise nicht klar, ob die USA im Fall eines russischen Angriffs auf das NATO-Gebiet in Europa (konventionell oder nuklear) dieses mit dem Einsatz von Atomwaffen quittieren

würden. Schließlich würde das bedeuten, dass ihre eigenen Städte ebenfalls zur Zielscheibe werden würden. Diese Unsicherheit wird mit dem wachsenden amerikanischen Fokus auf China nur noch zunehmen. Die amerikanische Außenpolitik ist nicht vollständig von der regierenden Partei abhängig. So führt Biden Trumps Handelskrieg mit China fort und betreibt eine protektionistische Politik. Dieses Glaubwürdigkeitsproblem kann durch eine europäische Abschreckung überwunden werden. Sollte die EU über Atomwaffen verfügen, kann sie mit Sicherheit vermitteln, dass sie einen feindlichen Atomschlag entsprechend erwidern würde.

Der Plan für die EU-Bombe

Auf der Welt verfügen aufgrund des Atomwaffensperrvertrags die USA, Russland, China, das Vereinigte Königreich und Frankreich legal über Atomwaffen. Für die JuLis, die das Völkerrecht hochhalten, muss eine europäische Nuklearstrategie zwangsläufig völkerrechtskonform erfolgen.

Eine europäische Strategie ist daher auf Frankreich angewiesen. Glücklicherweise bieten die Fran-

zosen seit Jahren an, ihre eigenen Trägersysteme im Rahmen von finanzieller Beteiligung zur europäischen Abschreckung bereitzustellen. Aktuell ist die Bundeswehr nur an der amerikanischen nuklearen Teilhabe beteiligt, während die französischen Waffen allein nationalen Interessen dienen. Das könnte sich aber durch eine europäische nukleare Teilhabe ändern. Alternativ ist eine Teilfinanzierung der französischen Nuklearstreitkräfte durch europäische Gelder im Gegenzug zu Sicherheitsgarantien denkbar. In jedem Fall muss jedoch das Ziel sein, die französischen Atomwaffen langfristig in eine europäische Armee zu integrieren und unter ein gemeinsames Kommando zu stellen. Sollte die EU eines Tages ein eigener Föderalstaat werden, kann sie von Frankreich den Status als



Bildnachweis: stock.adobe.com/tiero

legale Atommacht erben, ähnlich wie Russland dies einst mit dem Status der UdSSR tat.

Eigenverantwortung in der Sicherheitspolitik

Beim Einzelnen predigen wir Eigenverantwortung, dasselbe muss auch für Staaten gelten. Die EU muss also aufhören, Sicherheitsschmarotzer der USA zu sein. Das

heißt, dass das erklärte Ziel der EU – strategische Autonomie von den USA zu erreichen – unabhängig davon verfolgt werden muss, wer im Weißen Haus sitzt. Die pathologische Passivität Deutschlands und der EU verhindert, dass sich die Union zu einem proaktiven Machtpol auf der Weltbühne entwickeln kann, und ist Kern für viele Krisen dieser Zeit. Wenn wir uns jetzt nicht vorbereiten, laufen wir

Gefahr, dass Russland in ein paar Jahren gewillt ist, die amerikanische Bereitschaft, die EU nuklear zu verteidigen, zu testen. Wer das sehenden Auges zulässt, handelt mindestens grob fahrlässig. Wenn wir uns aber emanzipieren wollen, wenn wir selbstständig sein und in der Lage sein wollen, äußere Feinde abzuschrecken, dann braucht Europa die Bombe.



Stefan Ermert (22) studiert Völkerrecht im Master an der Universität Utrecht und ist stellvertretender Bezirksvorsitzender der JuLis Köln/Bonn. Seine Herzensthemen sind Außen- und Sicherheitspolitik. Ihr erreicht ihn unter stefan.ermert@julis.de





LIEBE JULIS

der Innenausschuss des Europäischen Parlaments hat über die Chatkontrolle abgestimmt und dabei der anlasslosen Massenüberwachung eine klare Absage erteilt. So lässt sich die Position des Europäischen Parlaments zum Vorschlag der EU-Kommission zusammenfassen. Es kann aber noch keine endgültige Entwarnung gegeben werden. Das Europäische Parlament muss sich noch mit den EU-Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame Linie einigen. Der Rat hat noch keine eigene Position festgelegt. Die bürgerrechtskonforme Festlegung des Europäischen Parlaments bedeutet aber einen positiven Rückenwind für die Position Deutschlands im Rat.

DIE EINIGUNG KANN SICH SEHEN LASSEN:

- > Es soll nur noch überwacht werden, wer tatsächlich im Verdacht steht, in Kindesmissbrauch involviert zu sein
- > Jede Überwachung braucht eine richterliche Anordnung
- > Verschlüsselte Kommunikation darf nicht geknackt werden
- > Verpflichtende Netzsperrern wird es nicht geben

Damit sind die grundrechtswidrigen Elemente entschärft. Die Elemente zum verbesserten Schutz von Kindern konnten gleichzeitig gewahrt bleiben. Dabei setzt das Parlament vor allem auf Security by Design. So sollten Dienste und Apps sicherer gestaltet werden, damit zum Beispiel andere Nutzer bei sexueller Belästigung leichter blockiert und gemeldet werden können.

SO GEHT ES WEITER:

Sobald der Rat seine Position festgelegt hat, beginnt der sogenannte Trilog, bei dem Parlament, Rat und die EU-Kommission einen gemeinsamen Kompromiss verhandeln werden.

Je länger der Rat für die Festlegung seiner Position braucht, umso später kann der Trilog starten und umso unwahrscheinlicher wird die Einigung auf ein Trilogergebnis vor Ende der Legislaturperiode Mitte 2024. Im Moment sieht es so aus, als ob weiterhin im Rat keine Einigung gefunden werden kann. Insbesondere auch weil die Bundesregierung sich klar gegen die Chatkontrolle positioniert hat und Marco Buschmann und Volker Wissing weiter gegen die Massenüberwachung kämpfen.

Sollte es keine Einigung in dieser Legislaturperiode geben, ist davon auszugehen, dass das Parlament seine Position im April 2024 offiziell im Plenum beschließen wird, damit das neugewählte Parlament in der zweiten Jahreshälfte 2024 nicht komplett von vorne beginnen muss. Die weitere Verhandlungen liegen dann allerdings beim neugewählten Parlament. Es ist deshalb entscheidend, dass die bisherigen Kritiker und Kämpfer gegen die anlasslose Massenüberwachungspläne von Ursula von der Leyen bei der Europawahl 2024 gestärkt werden.

Liebe Grüße

Euer Moritz Körner MdEP
Vorsitzender der FDP im Europäischen Parlament

101 LANDES-KONGRESS DER JULIS NRW

Make Europe great again! Unter diesem Motto wollen wir uns auf unserem 101. Landeskongress gemeinsam auf die wichtige anstehende Europawahl vorbereiten! Denn Europa benötigt gerade jetzt in Zeiten von Populismus und Extremismus ein dringendes Update. Umso wichtiger ist es, dass wir noch einmal vor der heißen Phase des Wahlkampfes zusammenkommen, um uns zusammen einzustimmen und die besten Ideen für eine zukunftsfähige Europäische Union zu erarbeiten.

Außerdem werden wir auf dem 101. Landeskongress noch einen neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden für Presse und Öffentlichkeitsarbeit nachwählen,

nachdem Tim Schütz angekündigt hat, sein Amt aus beruflichen Gründen zum kommenden Kongress niederzulegen. Daher möchte ich diese Gelegenheit auf jeden Fall noch einmal nutzen, um mich für die jahrelange gute Zusammenarbeit zu bedanken! Es gilt also einiges anzupacken und uns auf die heiße Wahlkampfphase einzustimmen. Daher freue ich mich, dich herzlich zu unserem 101. Landeskongress in Recklinghausen einzuladen. Dieser findet statt am

Samstag, dem 20.04.2024 ab 10:00 Uhr und Sonntag, dem 21.04.2024 im Ruhrfestspielhaus (Otto-Burrmeister-Allee 1, 45657 Recklinghausen)

SAMSTAG, 20.04.2024

Kongresseröffnung um 10:00 Uhr

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
3. Wahl eines Tagespräsidiums, der Protokollführenden und Stimmzählkommission
4. Genehmigung der Tagesordnung
5. Feststellung der Antragsreihenfolge und ggf. Dringlichkeitsanträge
6. Rede des Landesvorsitzenden Alexander Steffen
7. Aussprache
8. Nachwahlen zum Landesvorstand – stv. Landesvorsitzender für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

9. Antragsberatung entsprechend der Reihenfolge des Alex-Müller-Verfahrens
10. Make Europe great again! – Vorbereitung auf die Europawahl
Mit Moritz Körner und den Kandidaten der JuLis NRW

Unterbrechung des Kongresses gegen 18:00 Uhr

SONNTAG, 21.04.2024

Um 10:00 Fortsetzung des Kongresses

11. Verschiedenes
12. Schlusswort des Landesvorsitzenden

Ende des Kongresses gegen 15:00 Uhr

Wirtschaftliche Transformation in Osteuropa: Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft

Europa steht heute vor einer historischen Herausforderung: den wirtschaftlichen Transformationen in Osteuropa. Seit dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs und dem Ende des Kalten Krieges haben die Länder Osteuropas eine bemerkenswerte Reise von der zentralisierten Planwirtschaft zur Marktwirtschaft unternommen. Diese Transformation war nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches und gesellschaftliches Unterfangen, das von einer Vielzahl von Akteuren und Institutionen gestaltet wurde. In diesem Artikel werden wir die markliberalen Fortschritte in Osteuropa sowie die bedeutende Rolle der EU bei dieser Transformation beleuchten.

Die Erblast der Planwirtschaft

Der Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 markierte das Ende einer Ära der zentralisierten Planwirtschaft in Osteuropa. Unter kommunistischer Herrschaft waren die Wirtschaften dieser Länder stark staatlich kontrolliert und reguliert. Industrien waren verstaatlicht, Preise wurden staatlich festgesetzt, und der Handel war stark eingeschränkt. Dies führte zu ineffizienten Produktionsprozessen, mangelnder Innovation und einem niedrigen Lebensstandard für die Bevölkerung.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus standen die Länder Osteuropas vor der Herausforderung, ihre Wirtschaftssysteme zu reformieren und den Übergang zu einer Marktwirtschaft zu vollziehen. Diese Transformation war jedoch mit zahlreichen Schwierigkeiten verbunden, darunter der Mangel an Fachkenntnissen im Bereich der Marktwirtschaft, unzureichende Infrastruktur und ein Erbe wirtschaftlicher Misswirtschaft.

Die Rolle der EU als Motor des Wandels



In diesem schwierigen Prozess spielte die Europäische Union eine entscheidende Rolle als Motor des Wandels. Seit den 1990er-Jahren haben die Länder Osteuropas enge Beziehungen zur EU aufgebaut und schließlich den Status von Mitglieds- oder Beitrittskandidaten erlangt. Dies war mit zahlreichen wirtschaftlichen und politischen Anpassungen verbunden, da die EU strenge Kriterien für die Mitgliedschaft festlegte, darunter die Einhaltung demokratischer Stan-

dards, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und die Umsetzung von marktwirtschaftlichen Reformen.

Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft diente als Anreiz für viele osteuropäische Länder, tiefgreifende wirtschaftliche Reformen durchzuführen. Unter dem Druck der EU führten sie Maßnahmen wie die Privatisierung staatlicher Unternehmen, die Liberalisierung von Handel und Investitionen sowie die



Anpassung ihrer Gesetzgebung an die Standards der EU durch. Diese Reformen waren oft schmerzhaft und mit sozialen Kosten verbunden, aber sie waren entscheidend für die Schaffung eines wettbewerbsfähigen und dynamischen Wirtschaftsumfelds.

Marktwirtschaftliche Fortschritte und Herausforderungen

Die Bemühungen um die Einführung einer Marktwirtschaft in Osteuropa haben beachtliche Fortschritte erzielt. Viele Länder der Region haben beeindruckende Wachstumsraten verzeichnet, neue Geschäftsmöglichkeiten

sind entstanden, und die Integration in die globale Wirtschaft hat zugenommen. Die EU hat durch Strukturfonds und andere Förderprogramme zur wirtschaftlichen Entwicklung in Osteuropa beigetragen und den Zugang zu Märkten und Ressourcen erleichtert. Dennoch stehen die Länder Osteuropas weiterhin vor Herausforderungen auf dem Weg zur vollständigen Integration in die europäische Wirtschaft. Die Kluft zwischen Ost und West ist in Bezug auf Einkommen, Infrastruktur und Wettbewerbsfähigkeit immer

noch vorhanden. Darüber hinaus sind einige Länder mit politischer Instabilität, Korruption und ineffizienten Institutionen konfrontiert, die ihr wirtschaftliches Wachstum hemmen.

Insgesamt hat die wirtschaftliche Transformation in Osteuropa seit dem Ende des Kommunismus erhebliche Fortschritte gemacht. Die markliberalen Reformen, unterstützt durch die EU, haben zur Schaffung eines dynamischen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsumfelds beigetragen. Dennoch bleibt noch viel zu tun, um die wirtschaftlichen Disparitäten in der Region zu überwinden und eine nachhaltige Entwicklung für alle Länder Osteuropas zu gewährleisten.



Norbert Seidowski (23) studiert Marketing Management und ist stellvertretender Vorsitzender in Krefeld. Ihm liegt das Thema am Herzen, da er persönlich die Umstellung von der Plan- zur Marktwirtschaft in Polen miterlebt hat. Ihr erreicht ihn unter nseidowski@julis.de



Voller Vorfreude ins Jahr 2024 gestartet:

Diese Events erwarten euch

Das Jahr begann mit großer Vorfreude, da wir bereits zu Beginn des Jahres beim Neujahrsempfang die Ankündigungen unserer vier wichtigsten Events präsentieren konnten. Im Orga-Team, bestehend aus Felix Abruszat, Tom Roehl und unserer Landesgeschäftsstelle, gelang es uns, viele Dinge für das Jahr 2024 im Voraus zu organisieren. Dadurch könnt ihr frühzeitig eure Teilnahme an den Landeskongressen, den LPPWs und unseren Aktionen im Europawahlkampf planen. Zu Monatsbeginn erhaltet ihr unseren Orga-Newsletter, der alle Veranstaltungen und Aktionen des jeweiligen Monats auflistet. Unser Verband lebt von eurem Engagement. Eine der besten Möglichkeiten, sich einzubringen, ist die Teilnahme an unseren Veranstaltungen.

Bei den JuLis bieten wir wiederkehrende Veranstaltungsformate an. Die monatliche Online-Veranstaltung „Bericht aus dem Parlament“ ermöglicht den Austausch mit Abgeordneten aus Landtag, Bundestag oder Europäischem Parlament über aktuelle politische Themen. Ziel ist es, jedem Mitglied die Möglichkeit zur Teilnahme zu geben, daher finden die Veranstaltungen online statt.

Auch unser Landeskongress (LaKo) findet zweimal im Jahr statt und

ist das höchste Beschlussgremium der Jungen Liberalen NRW. Ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm, spannende inhaltliche Debatten und eine LaKo-Party erwarten euch. Der 101. Landeskongress findet am 20. und 21. April in Recklinghausen statt und der 102. Landeskongress ist für den 09. und 10. November in Paderborn geplant.

Regelmäßig veranstalten wir auch Landespolitische-Programmatische-Wochenenden (LPPW). Der Kern jedes LPPWs ist die inhaltliche Arbeit der Landesarbeitskreise, die parallel tagen. Dort könnt ihr in kleinen Gruppen über bestimmte Themen diskutieren. Nach den Arbeitskreisen klingen die Tage des LPPW in geselliger Runde aus. Unser erstes LPPW in diesem Jahr fand Anfang März in Duisburg statt, und das zweite ist bereits für den 31. August und 01. September in Essen terminiert.

In diesem Jahr steht zudem die Europawahl an. Wir haben ein spannendes, vielseitiges Programm geplant. Wir werden in jedem Bezirksverband Wahlkampf machen, an den Universitäten aktiv werden, eine Party organisieren, Nachtwahlkampf führen und klassischen Wahlkampf betreiben.

Wir freuen uns sehr auf eure Teilnahme und besonders darauf, euch im nächsten Monat beim 101. Landeskongress in Recklinghausen zu treffen!

Melde dich bei Fragen oder Anre-

gungen gerne jederzeit bei unserer stellvertretenden Landesvorsitzenden für Organisation Alondra von Groddeck (alondra.von.groddeck@julis-nrw.de).

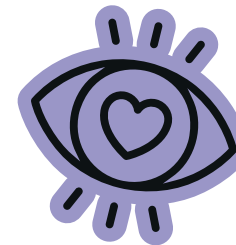
2024: Vorfahrt für Inhalte

Zuletzt berichtete ich Ende 2023 über meine ersten Monate im Amt des Landesprogrammatikers. Viel ist geschehen 2023, vieles wurde angestoßen für 2024 und die kommenden Jahre. Für uns Junge Liberale ist immer unmissverständlich gewesen: Ein glasklar freiheitlicher Kurs ist das wichtigste Versprechen des organisierten Liberalismus. Gerade in Zeiten herausfordernder Regierungsarbeit müssen wir immer und immer wieder daran arbeiten, ihn zu schärfen, damit dieses Leuchtfeuer der Freiheit uns und dem Land den Weg in die Zukunft weisen kann.

Nach sehr arbeitsreichen Monaten seit dem Landeskongress im September konnten wir ab Dezember in eine Phase konzentrierter, aber weniger gestresster Arbeit eintreten. Wir haben die neuen Landesarbeitskreise (LAKs) eingesetzt. 3 „Themen“-LAKs, 2 „Projekt“-LAKs versprechen, sich mit den uns so wichtigen Inhalten auseinanderzusetzen, zu diskutieren und schlussendlich mit einem Antrag zu Papier zu bringen. Ich lade euch dazu ein, wenn ihr nicht bereits in einem LAK mitarbeitet, mal reinzuschauen – es lohnt sich! Während ich diese Zeilen schreibe, steht unmittelbar das 1. LPPW 2024 bevor:

Und neues Jahr heißt neue Parteitage: Das Programmatikteam bereitet gerade die Anträge der JuLis zum Landesparteitag am 13. April in Duisburg vor: Wir werden natürlich wieder für nachgelagerte Studienbeiträge kämpfen. Und wir bringen einen Antrag zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ein. Falls ihr delegiert seid, hoffe ich auf eure Unterstützung! Und dann stehen auch schon Landeskongress und Bundeskongress an.

Ich freue mich auf spannende Debatten und jede Menge liberale Inhalte 2024!



Die Vogelperspektive: Was Presse- und Öffentlichkeitsarbeit leisten muss

Ich habe vermutlich mehrere Tage meines Lebens damit verbracht, Artikel für das JULIMAGAZIN zu schreiben. Dieser ist vermutlich der letzte. Gewiss jedoch der letzte Artikel in Verantwortung. Grund genug, weniger über das Klein-Klein der letzten Wochen (die nicht besonders spektakulär waren), sondern vielmehr über das große Ganze zu sprechen. Wir müssen unsere Bubble verlassen. Wer nahezu nur mit JuLis zu tun hat, könnte denken, dass extrem viele Menschen in Deutschland eine liberale Grundhaltung haben. Das ist falsch. Es sind sogar ziemlich wenige Wähler. Heißt: Auffallen, überzeugen, provozieren und den Nerv einer Generation treffen. Dabei darf unser Antrieb nicht der Hass gegen die eigene Partei (JuSos und GJ) oder die Folklore über die eigene Partei vor 30 Jahren (JU) sein, sondern feste Überzeugungen. Diese

MÜSSEN unbequem sein. Wenn niemand konsequente Steuer-senkungen fordert, müssen wir dies umso stärker. Wenn alle nach dem Staat rufen, müssen wir dies umso lautstarker verneinen. Liberale sind keine Mainstream-Menschen. Daher können wir uns auch wunderbar in unserem eigenen Verband streiten. Das ist – sofern es um Inhalte geht – super. Ich wünsche mir für die Zukunft eine Pressearbeit, bei der ungewöhnliche und neue JuLi-Ideen offensiv und provokant in Gastbeiträgen besprochen werden. Ich wünsche mir JuLis, die mehr DPA-Ticker holen als alle anderen Jugendorganisationen in NRW gemeinsam. Ich bin überzeugt, dass man, wenn man mit voller Kraft sein Engagement in die PÖ-Arbeit steckt, tolle Erfolge erzielen kann. Diese Kraft habe ich nicht mehr. Ich setze sie an anderen Stellen ein und bin sehr dankbar, so viel gelernt zu haben.

ALONDRA VON GRODDECK, TIM SCHÜTZ UND PHILIP CIERNIAK



SPECIAL

Kongress Bingo

T
A
G
1

„Freiheit“	Joint wird angezündet	„Die Ampel“
Erster Redebeitrag	Zu langes Grußwort	Europawahl
„Schwarz-Grün“	Westerwelle-Zitat	„Strack-Zimmermann“

T
A
G
2

„EZB“	Hammel Sprung	Konterbier
Präsidium ist sich uneinig	LAVO-Reihe leer	„Ursula von der Leyen“
Redezeitbegrenzung	„Formal“	Bühne fällt auseinander

Chefredaktion/V.I.S.D.P.

Thomas Jobelius (thomas.jobelius@julis.de)

Herausgeber und Verlag

Junge Liberale Landesverband NRW e.V., Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, Telefon (0211) 4925185, julimagazin@julis-nrw.de

Fotos

Adobe Stock

Gestaltung

BTW MARKETING, www.btw-marketing.com

Lektorat

Angelika Lenz

Druck

frames GmbH, Essen

Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Dieses Magazin wird gefördert durch:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

